

Laibacher Zeitung.

Nr. 283.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. für die Rastellung ins Haus halbj. 50 fl. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 9. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fl., 2m. 80 fl., 3m. 1 fl.; sonst pr. Seite im. 6 fl., 2m. 8 fl., 3m. 10 fl. u. s. w. Insertionsstempel jederem. 80 fl.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 4. December d. J. die bei dem österr. kais. Orden der eisernen Krone erledigten Stellen des Herold und des Kanzlisten, und zwar erstere dem bisherigen Ordenskanzlisten, Regierungsrathe und Cabinetssecretär August Nengelrod, letztere dem Regierungsrathe und Cabinetssecretär Karl Hofmann zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. December d. J. die beim österr. kais. Orden der eisernen Krone erledigte Konsistorialstelle dem Officialen des f. f. Obersithofmeisteramtes Anton Böhm zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. November d. J. den Domhochlaisticus Nicetas Isak zum Domcustos und den Consistorialkanzler Johann Ritter v. Stupnicki zum Domherrn des Lemberger griechisch-katholischen Metropolitancapitels allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. November d. J. den Dozenten der Geschichte der Baukunst am f. f. polytechnischen Institute in Wien Dr. Karl v. Lützow zum unbesoldeten außerordentlichen Professor dieser technischen Hochschule mit Nachsicht der Taxen allernädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 8. December.

Die Sitzungen des Pariser gesetzgebenden Körpers nehmen bei der sonst obwaltenden politischen Windstille die öffentliche Aufmerksamkeit in hervorragender Weise in Anspruch. Diesmal ist es nicht die alte parlamentarische Größe Thiers, sondern es sind die jüngeren Glieder der Kammer, welche die Regierungspolitik, deren eminent conservativen Charakter die heftige Verurtheilung der Garibaldianer durch Rouher darthut, auf das heftigste angreifen. Wenn man auch den Standpunkt dieser Redner nicht zu dem seinigen machen mag, so wird man doch durch manche treffende Aeußerung, durch manche geistreiche Streiflichter gefesselt, welche auf die großen Fragen der Gegenwart fallen. Ein Ereigniß war in dieser Beziehung die Rede Jules Simon's. Er begann mit dem Bekennniß, daß er für alle aufrichtigen Überzeugungen stets die tiefste Ehrfurcht gehabt habe. Nicht historische Thatsachen, wie die Schenkung Pippins u. s. w., sondern die Gewissensfreiheit sei das cunctum Argument, auf welches die Vertheidiger der weltlichen Herrschaft sich stützen könnten. Aber auch dieses sei nur ein scheinbares. Die Unabhängigkeit des Papstes habe nichts mit seiner Souveränität gemein; im Gegentheile stelle ihn die letztere in eine beständige Abhängigkeit. Dies haben die letzten Ereignisse unwiderleglich bewiesen. Der Papst ist nur so lange König von Rom, als Frankreich ihn beschützt, sei es direct, wie es bis Ende vorigen Jahres geschah, sei es indirect durch die Legion von Antibes. Als Italien sich gegen diesen Zustand erhob, habe die Florentiner Regierung unmöglich widerstehen können; vielleicht hegte die französische Regierung selbst den geheimen Wunsch, daß die Actionspartei den Sieg davontrage. In einer Depesche...

Der Minister des Außen. Ich protestire in der ausdrücklichsten Weise.

Jules Simon: Angesichts einer so formellen Erklärung muß ich meine Vermuthung fallen lassen. Ich komme also darauf zurück, daß der Papst ein beschützter König ist, daß dieser Schutz seine Unabhängigkeit vernichtet und daß die wahre Art, ihn zu vertheidigen, darin besteht, ihn sich selbst zu überlassen. Keine Expeditionen mehr, die ja doch nur in der Absicht unternommen werden, sagen zu können, daß Sie den Untergang des Papstthums nicht verschuldet haben. Nein, wir stützen nicht den weltlichen, sondern den geistlichen Herrscher; wir stellen ihm unsere weltliche Macht zur Verfügung, damit er uns etwas von seiner geistlichen Macht gebe. Diesen Austausch von Unterstützungen zwischen der weltlichen und der geistlichen Regierung nennt man die Concordate. Ja, das Princip der Concordate ist das Princip unserer Be-

schützung Roms. Ich aber erkenne weder in Rom noch in Frankreich diese Allianz an; ich behaupte, daß jeder von beiden Theilen in seiner Sphäre bleiben muß und in diesem Bündniß seines Rechtes und seiner Ehre verlustig geht.

Redner erinnert an die Concordate von 1516 und 1801 und entwickelt an diesen Beispielen, daß das System der Concordate gerade der weltlichen Herrschaft des Papstes verderblich ist. Der wahre Standpunkt findet sich in der Formel Favours: "Die freie Kirche in dem freien Staate" oder vielmehr wie er sagen möchte: die freien Kirchen in dem freien Staate.

Ich kenne, fährt der Redner fort, die ersten Einwendungen, welche man gegen dieses System erheben kann. Es sind ihrer hauptsächlich drei: erstens, daß die Concordate uns nicht mehr lästig fallen; zweitens, daß die Kirche, wenn sie sich von der weltlichen Macht trennt, in sich selbst nicht genug Kraft und Dauerbarkeit hat und drittens (im Gegensatz hiezu), daß die Kirche in diesem Falle zu stark würde, als daß die weltliche Macht sie ertragen könnte. Was den ersten Punkt betrifft, so ist es richtig, daß die französische Revolution den Druck der Intoleranz abgeschüttelt hat; aber man kann nicht leugnen, daß es noch seine Schwierigkeiten hat, durch Wort oder Schrift Lehren zu verbreiten, welche den Dogmen der katholischen Religion zuwider sind. Damit aber die Wissenschaft stark, ernst, wirksam sei, muß sie frei sein. Ich wünschte, daß einmal ein Priester der katholischen Kirche gerade aus Achtung für das Dogma verlange, man solle aus den Verfassungen und Gesetzen alles entfernen, was sie zum Schutze desselben enthalten. Geben wir nicht den Satz zu, daß wir, weil es keine Verbrennungen und politische Ausschließungen mehr gibt, nichts mehr für die Gewissensfreiheit zu verlangen hätten.

Wir werden nicht eher zufrieden sein, als bis die Gesetze kein Wort mehr enthalten zum Schutze der Religion und bis diese nicht mehr von der Zuchtpolizei und den Schwurgerichtshöfen vertheidigt werden wird. Es kam uns thuer zu stehen, sie in Rom zu beschützen. Es hat uns das Blut unserer Soldaten, unser Geld und das Bedauern gekostet, eine Sache zu verteidigen, welche nicht die unsere ist. Ja, als die Expedition entschieden ward, erbebte das ganze Land. Als man vor einem Jahre einen Krieg mit Deutschland befürchtete, an den ich für meine Person nicht glaubte, verlangte die Regierung 120.000 Mann. Aber nicht die Zahl macht die Stärke einer Armee, nicht die Energie des Soldaten, auch nicht das Chassepot-Gewehr, sondern die Idee, das Bewußtsein des Soldaten, daß er die Freiheit und die Ehre Frankreichs mit sich führt. Wir können mit einer schwachen Armee in einem nationalen Kriege den Armeen Europas Trost bieten; aber in einem Kriege für den Papst wäre Europa nicht mit uns. Was den Einwand betrifft, daß die geistliche Regierung der Unterstützung der bewaffneten Gewalt bedürfe, so will ich mich bei demselben nicht aufhalten, das heißt die Anschuldigungen seiner Gegner noch übertreffen. Der dritte Einwand scheint mir bedeutender. Wenn der Papst den heroischen Entschluß fasste, die Verträge, welche ihn an die weltlichen Mächte binden, zu zerreißen, wenn er den Vatican und seinen Glanz verlorde und wie ein Apostel in die Welt auszöge mit der Einfachheit des Hauptes einer Lehre, welche sich nur durch die Wahrheit ihres Inhalts vertheidigt, dann, ja dann wäre der Papst die größte Macht, welche das 19. Jahrhundert sehen könnte.

Nun denn, wenn ich trotzdem die Trennung der weltlichen von der geistlichen Macht verlange, so thue ich das in dem Glauben an die Fortpflanzungskraft der Freiheit. Die katholische Freiheit wäre der Anfang der allgemeinen Freiheit, welche ich mit allen meinen Wünschen ersehne, und welche der Katholizismus selbst verlangen muß; denn wer die Emancipation des Gedankens fürchtet, der hat kein Vertrauen in die Wahrheit dessen, zu dem er sich bekennt. Was mich betrifft, ich verlange die Freiheit, die absolute Freiheit, selbst für meine Gegner; das ist die Lehre, welche ich stets vertheidigt habe und der ich bis zu meiner letzten Stunde angehören werde.

Die Erklärungen Rouher's haben übrigens die Situation geklärt.

Die "France" sagt, das erste Resultat der Erklärung Rouher's wird sein, die Conferenz unnütz zu machen. Die römische Frage ist unserer Ehre und der Ruhe des religiösen Gewissens gemäß gelöst.

Die "France" endigt in folgender Weise: Man weiß das, was Frankreich will, und in einem Lande, wie dem unserigen, ist eine Politik, die sich behauptet, eine Politik, welche triumphirt.

Der "Tempo" sagt: Die gestrige Erklärung ist die Campagne von 1823 des zweiten Kaiserreichs. Sie ist das endgültige Fehlschlagen des ganzen Conferenzprojectes.

Das "Avenir national" sagt, die gestrige Sitzung erinnert an die Sitzungen von 1849, wo sich die große Ordnungspartei reconstituirt hat.

Parlamentarisches.

Wien, 6. December.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß nahm in seiner heutigen Sitzung die Berathung über das Gesetz betreffend die Gebühren- und Stempelfreiheit bei Arrondirung von Grundstücken wieder auf, welches zur Berathung der verschiedenen zu § 1 dieses Gesetzes im Hause gestellten Anträge an den Ausschuß zurückgewiesen worden war.

Der Berathung beigezogen waren auch die Antragsteller Abg. Dr. Heinrich Berger und Leeder, welche ihre Anträge vertraten.

Nachdem auch noch von dem Berichterstatter Abg. Plankensteiner, sowie von den Abgg. Dr. Steiger und Steffens hierauf bezügliche Anträge gestellt wurden, wurde § 1 vom Ausschuß in der von Steffens vorgeschlagenen Fassung angenommen, welche lautet:

"Wenn durch Tausch von Grundstücken, die der landwirtschaftlichen Benützung gewidmet sind, eine Arrondirung des Besitzes des einen oder anderen Theiles bewirkt wurde, so sind die hierauf Bezug habenden Rechtsgeschäfte gebührenfrei, insoweit die eingetauschten Grundparcellen von gleichem Werthe sind."

Um ferner die von der Regierung im Hause der Abgeordneten bei Berathung dieses Gegenstandes geltend gemachten Bedenken zu entkräften, wurde über Antrag des Abg. Steffens angenommen, als § 5 in das Gesetz folgende Bestimmung aufzunehmen:

"Dieses Gesetz tritt mit dem letzten December 1873 außer Wirksamkeit."

Das Subcomité des Preßausschusses, bestehend aus dem Obmann Abg. Kuranda und den Abgg. Herbst und Waser, hat hente den Entwurf des Preßgesetzes vollendet und wird derselbe demnächst dem Gesamtausschusse zur Berathung vorgelegt werden.

Der über den Antrag des Abgeordneten Seine niedergelegte Ausschuß zur Berathung der Frage wegen Förderung des Tabakbaues in den diesseitigen Ländern hielt am 6. d. Abends seine erste Sitzung, in welcher nach einer allgemeinen Discussion dieser Angelegenheit darüber berathen wurde, in welcher Weise sich der Ausschuß in dieser Frage näher informiren wolle. In letzterer Hinsicht wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen einen Vertreter zu den Ausschusshandlungen zu entsenden, welcher über die Verwaltung dieses Monopols Aufschlüsse zu geben hätte, so wie auch einige sachkundige Experten beizuziehen, welche ihre Ansicht auseinandersetzen sollen, unter welchen Modalitäten der Tabakbau in den diesseitigen Ländern am besten eingeführt werden könnte.

Die Rede Jules Favre's.

Paris, 3. December. Durch fast drei Stunden und bis zur äußersten Erschöpfung hat Jules Favre in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers über die römische Frage gesprochen. Wie der Telegraph bereits angezeigt hat, ging die selbstgestellte Aufgabe des Redners dahin, den Beweis zu führen, daß die Kammer der jetzigen Expedition nach Rom die Zustimmung aus vier Gründen nicht ertheilen könne. 1. Weil sie nach der Anschauung des Redners die Interessen Frankreichs bedrohte; 2. weil sie das Rechtsprincip verletzte; 3. weil sie selbst für die Sache, welcher sie dienen wolle, verderblich sei; und 4. weil sie eine Reihe gefährlicher Verwicklungen nach sich zöge. J. Favre beklagt vor allem, daß man die Expedition unternommen habe, ohne die Kammer zu befragen. Hätte die Kammer sie verworfen, so wäre sie unterlassen worden, hätte die Kammer sie gebilligt, so wäre sie mit einer Autorität unternommen worden, welche den Agitatoren Stillstand geboten hätte.

Marquis de Piré. Die Agitatoren lassen sich niemals Stillstand gebieten.

J. Favre. Wenn man ihnen nicht Stillstand gebieten kann, so verurtheilt man sich damit selbst; denn es gibt keine Agitation, welche nicht durch das Recht und die Gerechtigkeit entwaffnet werden könnte. (Beifall)

links.) Redner greift, um die Frage in ihrem ganzen Umfange zu erörtern, auf die Ereignisse von 1849 zurück und erklärt, daß, wenn die erste Expedition nach Rom noch durch die Umstände entschuldigt werden könnte, die zweite Frankreich in eine unentwirrbare Verlegenheit versetzt hat. Man sei 1849 nach Rom gegangen, um dem siegreichen Österreich Einhalt zu gebieten und gleichzeitig, wie dies der berühmte Brief an Edgar Bay erklärt, die weltliche Regierung des Papstes zu verbessern. Der Charakter der französischen Intervention war also der eines Rathes. Er blieb erfolglos, und als sich später die Bevölkerung der Romagna von der päpstlichen Herrschaft loszog, ermächtigte Frankreich allerdings einen berühmten General, an die Spitze der päpstlichen Armee zu treten, um diese Provinz zurückzuerobern; aber das eine Wort, welches es an Italien zu richten brauchte, wird nicht gesprochen und die päpstliche Armee wird mindestens mit indirekter Zustimmung Frankreichs vernichtet. (Unterbrechung.) Von nun an setzt das Papstthum allen Vorstellungen die Bedingung der Widerherstellung seiner alten Besitzungen entgegen. Es weigert sich Italien anzuerkennen und nennt dieses stets „die subalpinische Regierung.“ Das ist eine Beleidigung, und wer einen Alliierten Frankreichs beleidigt, beleidigt Frankreich selbst (Murren), das hat ein Minister gesagt und Sie haben sonst nicht die Gewohnheit, gegen einen Minister zu murren. (Heiterkeit links.) Redner begreift es, wenn Marquis de Lavalette seine Entlassung gab, als man die zweite Expedition nach Rom unternahm. J. Favre erkennt bei dieser Gelegenheit gern die persönlichen Eigenschaften des ehemaligen Ministers an.

Eine Stimmie: Sie urtheilen so über die Minister, wenn sie nicht mehr am Ruder sind.

J. Favre: Im Jahre 1862 bezeichnet ein Brief des Kaiser Napoleon den Widerstand des Papstes als den Grund der beunruhigenden Lage Italiens. Der h. Stuhl antwortet mit einem neuen non possumus. Da schließen Frankreich und Italien die Septemberconvention, die den Keim neuer Zweideutigkeiten, neuer Verwicklungen enthielt. Dies hat der Minister des Neuzern selbst im Senat zugestanden.

Eine Stimmie: Er hatte Unrecht.

J. Favre: Der h. Stuhl antwortete auf die Convention mit der „Enchylia“ vom 8. December, d. i. mit der heftigsten Anklageschrift, welche jemals gegen die moderne Gesellschaft und insbesondere gegen unsere Gesetze und Einrichtungen formulirt worden ist. Dieser Act hätte allein die französische Regierung von jeder Verpflichtung gegen den h. Stuhl entbunden.

Gleichwohl blieb Frankreich, wenn es Rom officiell räume, doch unter der päpstlichen Cocardie in der ewigen Stadt. Man erinnert sich der Mission des Generals Dumont, welche die Disciplin in der Legion von Antibes wieder herstellen sollte; es war dies nicht nur eine Verletzung des Septembervertrages, sondern auch des französischen Gesetzes, welches unsere Soldaten nur zur Vertheidigung des Vaterlandes dem Kriegsminister zur Verfügung stellt. Über die päpstliche Armee wurde nicht nur durch französische Soldaten gebildet, sondern der französische Clerus wurde auch officiell beauftragt, unter den verbündeten Landbevölkerungen für den heil. Stuhl zu werben. (Lebhafte Widerspruch. Granier de Cassagnac: Die ländlichen Bevölkerungen blicken sehr klar und werden über Sie richten.)

Redner kann die zärtliche Fürsorge für Aufrechterhaltung der Septemberconvention und für die Verträge überhaupt nicht begreifen. Er erinnert an das, was in Dänemark, Deutschland und Mexico vorgegangen.

Zur letzten Phase der römischen Angelegenheit gehlangend, will Redner die zweideutige Haltung Italiens nicht in Schutz nehmen, aber er kann auch die Vertrauensseligkeit der französischen Regierung nicht begreifen. Endlich habe man sich nach vielfachen Schwankungen für die neue Expedition nach Rom entschieden, die aber mit der eigenen Erklärung des Herrn v. Moustier, daß die Einheit Italiens im Interesse Frankreichs liege, im grellsten Widerspruch stehe. Man habe die Garibaldische zurückgeschlagen. Er wolle nicht untersuchen, ob es nicht menschlicher gewesen wäre, sie sich freiwillig zurückziehen zu lassen, von jener Zeit her röhre die Phrase, welche in Europa so trauriges Aufsehen gemacht hat: „Das Chassepot-Gewehr hat Wunder gethan.“ (Stürmische Unterbrechung.) Dieses Wort hat nicht nur die französischen Herzen verletzt, sondern auch in Italien einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen. Bei aller Achtung vor den Gefühlen der Anhänger der weltlichen Herrschaft müsse er erklären, dieselben nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr zu verstehen.

Man streite jetzt, ob die Conferenz zu Stande kommen werde oder nicht; aber für die Hauptfrage sei dies ganz gleichgültig. Der Papst könne nicht auf der Conferenz erscheinen, ohne abzudanken oder sich absetzen zu lassen. (Widerspruch.) Redner kennt nur zwei Auswege aus der gegenwärtigen Lage: Entweder man überläßt Italien und den Papst sich selbst (Värm) .. Nicht? Dann ist die Zeit der halben Maßregeln vorbei und man muß entschlossen und wirksam die weltliche Herrschaft des Papstes aufrecht erhalten. (Mehrere Stimmen: Ja! Ja!) Sie rufen: ja! Wissen Sie aber auch um welchen Preis? Sie werden das Werk von 1859 bis 1862 vernichten, Sie werden eine Armee von 50.000 Mann stellen und 100 Millionen jährlich aus-

geben müssen. Und für wenn das? Man befrage die Enchylia von 1864: die weltliche Unabhängigkeit der Fürsten und Völker ein Irrthum! Glauben, daß die Wissenschaft, die Moral, die bürgerliche Gesetzgebung sich der kirchlichen Autorität entziehen können, ein Irrthum! . . . Daß der Papst sich mit dem modernen Fortschritt und Liberalismus versöhnen könne, nichts als Irrthum! Das sind die Lehren, zu welchen man Sie zurückführen will. Oh, ich weiß wohl, daß die Regierung durch ein Wunder ihrer Logik diese Enchylia durch den Staatsrat zerreißen ließ. Ja, sie hat sie zerreißen lassen, aber sie sammelte die Teile, um aus ihnen Propfen für die Chassepot-Gewehre zu machen.

Oesterreich.

Wien, 7. Decbr. (Abgeordnetenhaus.) Eine Vorlage des Finanzministers verlangt Vermehrung der Münzscheine von 12 auf 15 Millionen gegen äquivalente Staatsnoten-Einziehung. Die Vorlage wurde dem Finanzausschusse zugewiesen. Unter den Einkäufen ist die Wiener Volksadresse gegen das Concordat mit 41.324 Unterschriften. Hierauf Bericht über die Herrenhans-Abänderungen an den Grundgesetzen.

West, 5. December. (Fortsetzung der Sitzung der Deputirten-tafel.) Ghyczy beantragte einen Zusatzparagraph bezüglich der Militärgräze, welcher abgelehnt wurde. Bonis erklärt, er werde bezüglich der Militärgrenze und der Territorialintegrität der ungarnischen Krone einen eigenen Antrag einbringen, womit der Ministerpräsident und das ganze Haus sich einverstanden erklären. Ghyczy schlägt anstatt des von der Centralcommission beantragten fünften Paragraphs einen Beschlussentwurf vor, nach welchem die drei Finanzgesetzentwürfe gleichzeitig für beide Hälften des Reiches sanctionirt, aber erst dann der Sanction unterbreitet werden sollen, wenn alle im Gesetzartikel XII. aufgestellten Bedingungen erfüllt sind. Der Ministerpräsident bezeichnete diesen Antrag, indem er ihn bekämpfte, als eine wahre Realunion. Als es zur Abstimmung kam, wurde abermals ein meistens von Mitgliedern der äußersten Linken unterzeichnetes schriftliches Ansuchen um namentliche Abstimmung eingereicht. In dieser wurde der von der Centralcommission vorgeschlagene fünfte Paragraph mit großer Majorität angenommen.

— 6. December. (Sitzung der Deputirten-tafel.) Perczel erklärt im Namen seiner Genossen, daß sie die ministerielle Beantwortung ihrer Interpellation wohl nicht ganz befriedigend gefunden, daß sie sich jedoch durch das Versprechen beruhigt fühlen, welches der Landesverteidigungsminister gegeben. Der Finanzminister urtelt, daß die Wahl der Finanzcommission ehemöglichst auf die Tagesordnung komme. Dieselbe wird für morgen bestimmt. Hierauf findet über Antrag des Finanzministers eine geschlossene Sitzung betreffs des Staatschulden-gesetzentwurfes statt.

— 6. Decbr. (In der geschlossenen Sitzung der Deputirten-tafel) kam ein nicht bedeutender Rechnungsfehler bezüglich der Staatschuld zur Sprache, der nun nicht zum Gegenstand einer Discussion gemacht werden wird. Auf eine Interpellation in Betreff der im vorigen Jahre verpfändeten Krongüter gibt der Finanzminister eine entsprechende Antwort. Eine öffentliche Sitzung fand heute nicht mehr statt.

— 6. December. (Staatsrechnungssämtler) „Hirnölk“ meldet: Se. Majestät habe die Organisirung den ungarischen Staatsrechnungssämtler zu bewilligen und der ungarischen Historiker Michael Horvath mit einem ansehnlichen Jahrgehalt aus dem katholischen Religionsfonds zu dotiren geruht.

Ausland.

Berlin, 6. December. (Abgeordnetenhaus.) Präsident Horckenbeck verliest ein Schreiben des Grafen Bismarck, welches mittheilt, daß der König gestern den Grafen zur Lippe unter Belassung seines Charakters als Staatsminister entlassen und den Präsidenten des Oberappellationsgerichtes, Dr. Leonardt, zum Justizminister ernannt hat.

— 5. December. (Amnestie. — Conferenz.) Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein königliches Decret, nach welchem allen Urhebern und Mitschuldigen an dem Vergehen der Invasion auf das päpstliche Gebiet Amnestie ertheilt wird. Die „Opinione“ versichert, es werde nächstens in Paris eine engere Conferenz zusammentreten, welche sich darauf beschränken wird, die Grundlagen der Erörterungen über die römische Frage zu besprechen. Die Großmächte werden dabei durch ihre in Paris accreditirten Gesandten vertreten sein.

Florenz, 4. December. (Note Menabrea's.) Die „Opinione“ versichert, Menabrea habe heute eine Note nach Paris gerichtet, in welcher er die in der Note Moustiers vom 27. November enthaltenen Erklärungen als Unterpfand dafür annimmt, daß die Politik Frankreichs keine Ermuthigung oder Stütze für die Feinde Italiens sein werde, und sich vorbehält, der kaiserlichen Regierung die Vorschläge bekannt zu geben, welche man seiner Ansicht nach der Conferenz unterbreiten sollte.

Paris, 5. December. (Gesetzgebender Körper.) Rouher charakterisiert und rechtfertigt die Intervention in Rom vom moralischen, religiösen und socia-

len Gesichtspunkte. Er erläutert die Religion, welche Garibaldi an die Stelle des Katholizismus setzen wollte. Die Haltung Italiens, bis zum 21. August eine aufrichtige, wurde in der Folge gefällig, unterwürfig und schließlich mitschuldig. Frankreich ist nach Rom gegangen, um die Revolution aufzuhalten, welche drei Abstürzungen hatte: Rom, Florenz und Paris. Rouher erklärt weiter: Unsere Truppen werden in Rom bleiben, so lange die Sicherheit des Papstes ihre Gegenwart notwendig machen wird. Sicherheit bedeutet nicht nur materielle Ruhe, wir wollen auch ernsthafte Garantien von Italien haben. Italien wird sich nie Roms bemächtigen (lärmer Beifall); gleichzeitig will die französische Regierung die italienische Einheit festigen; diese beiden Dinge müssen nebeneinander bestehen. Rouher weist die Interpellation der Linken zurück. Bezuglich der Interpellation Chasselongs sagt er, sie verdiente die Erklärungen, welche gegeben wurden. Besteht eine Gemeinschaft der Ideen zwischen uns und der Kammer? (Zeichen der Zustimmung.) So möge denn die Kammer der Regierung ein Vertrauensvotum geben und insbesonders möge sich die Majorität nicht spalten. (Beifall.) Die Sitzung wird unterbrochen. — Die Comissionen haben die Interpellationen Picards und Henons über das Octroi von Paris und die Municipalverwaltung von Lyon zurückgewiesen. — Jerome David spricht zu Gunsten der weltlichen Macht. Wir müssen in Rom bleiben, bis die italienische Politik sich im Sinne der Septemberconvention geändert hat. Frankreich, indem es den Papst unterstützt, ist nicht solidarisch mit den theologischen Erklärungen desselben.

Belgrad, 5. December. (Eine Erklärung der Regierung.) Die „Srbske Novine“, das amtliche Organ der serbischen Regierung, schreibt: Die serbische Regierung will eine klare politische Stellung. Die systematische Vervollkommenung der bestehenden Wehrverfassung ist keine Rüstung von aggressivem Charakter. Serbien trachtet beständig seine nationale Existenz all' consolidieren. Die eventuellen Fragen gegenüber der Türkei betreffen die innere Politik des Orients. Eine Lösung ist möglich, ohne die Integrität der Pforte zu verlieren, und ist daher für den Frieden Europa's nicht gefährlich. Ein fremder Einfluß könnte Serbien von seinen Lebensinteressen nicht abwenden.

New-York, 3. December. (Der Bericht des Staatssecretärs des Schatzes) veranschlagt die Einnahmen für die drei Quartale des mit nächstem Juni endigenden Jahres auf 296 Millionen, die Ausgaben auf 295 Millionen, die Einnahmen für das im Juni 1869 endigende Jahr auf 381 Millionen, die Ausgaben auf 372 Millionen. Die öffentliche Schulden ist seit November 1866 um mehr als 59 Millionen verminder. Der Staatssecretär spricht sich zu Gunsten der Verminderung des Papiergeldes und der Auszahlung der Bonds in Gold, für die Fortdauer der nationalen Banken aus und empfiehlt die Convertirung der gesamten Schulden in Spec. Bonds auf zwanzig Jahre. Die Regierung würde ein Sechstel der Interessen zurückhalten, um dies nach Verhältniß unter die verschiedenen Staaten zu verteilen, anstatt den letzteren zu gestatten, die Bonds mit einer Steuer zu belegen.

Tagesneigkeiten.

— (Die Militärbuchhaltung) gibt dem Vernehmen nach am 1. Jänner in das Ressort des Kriegsministeriums über, und erfolgt an diesem Tage die Auflösung derselben. Von den fast 800 Beamten, welche so lange das Personal der Buchhaltung bildeten, werden nach den bisher bekannt gewordenen Daten nicht weniger als 280 pensionirt. Es wurde hierbei im allgemeinen der Grundsatz beobachtet, daß vornehmlich die Beamten mit 30jähriger Dienstzeit in die erste Reihe der zu Pensionirenden treten.

— (Freiherr von Rothchild wegen 72 Gulden gestagt.) Anselm Freiherr v. Rothchild wurde dieser Tag von einer Wiener Advocaturstanzlei in Vertretung mehrerer Gläubiger auf Bezahlung von 72 fl. 36 $\frac{1}{2}$ lt. belangt. Es hat diese Klage, wie wir zur Verhüttung aller Gläubiger des Hauses Rothchild hervorheben müssen, keineswegs in der Zahlungsunfähigkeit desselben ihren Grund, vielmehr entspringt sie aus folgendem Factum. Die erwähnten Gläubiger haben auf die Pension, die ein Beamter des Hauses Rothchild von diesem bezieht, Beschlag gelegt, und das Gericht trug dem Freiherrn v. Rothchild unter seiner Hafthaftung auf, die Pension nicht mehr an den Beamten auszuzahlen. Freiherr v. Rothchild ließ sich von dem mehr humanen als juristischen Gedanken leiten, daß der Beamte nicht verhungern könne, und zahlte denselben die Pension doch. Dadurch wurden die Gläubiger in ihren erworbenen Rechten verletzt und traten gegen Freiherrn v. Rothchild klagbar auf.

— (Priesterverhaftungen.) In das Gradschiner Georgskloster (Detentions-Anstalt) wurden wegen regierungseinwanderlicher Predigten, wie dem „Fremdenblatt“ aus Prag mitgetheilt wird, bisher 79 Priester von den Strafgerichten zur Untersuchung eingeliefert.

— (Blatternepidemie.) Aus Klausenburg wird gemeldet: Seit einiger Zeit sind hier die Blattern unter den Kindern und noch mehr unter den Erwachsenen in sehr bedenklicher Weise ausgebrochen. Todesfälle kommen täglich vor und von dem Gesamtinkrankenstande liegt jeder dritte an Blattern darnieder. Auf dem Lande wüthet diese Krankheit

noch stärker und fallen derselben 5 bis 6 Prozent (?) der Bevölkerung zum Opfer.

(Zum Münchener Giftmord.) Die verhaftete Julie Ebergenyi soll eine außerordentlich Unruhe zeigen, in der Zelle beständig auf- und abgehen und nur äußerst wenig, etwas Suppe, Thee ic. ic., zu sich nehmen. Als sie nach dem Gefängnis transportiert wurde, beteuerte sie dem begleitenden Polizeibeamten in erregten Worten ihre Unschuld, „sie müsse durch ganz fremde Schuld ihr Schicksal erleiden.“ Bei der körperlichen Revision in der Aufnahmekanzlei weinte die Ebergenyi ununterbrochen. Die Preisen, welche sie gewöhnlich trug, waren ihr schon früher abgenommen worden; später verlangte sie von der Zelle aus, daß man ihr einen in der Wohnung zurückgelassenen Geldbetrag bringe, damit sie anständig im Gefängnis speisen könne, was ihr auch bewilligt ward. Auch erbat sie sich ein ungarisches Gebetbuch, was ihr gleichfalls nicht verweigert wurde. Ein Verlangen nach Zeitungen und Cigarren, das sie gleichfalls stellte, wurde nicht gewährt. Einen Spaziergang im Hofraum, der ihr gestattet ist, hat sie bisher abgelehnt. Sie hat wiederholt den Wunsch geäußert, von ihren Verwandten in Ungarn besucht werden zu können.

(Ende einer Badereise.) Die Generalin Chomutoff und Graf Borgesani, welche in der zweiten Hälfte des Juni dieses Jahres in Ems unter der Beschuldigung, einer russischen Dame, welche mit ihnen eine Vergnügungsparade nach Deutschland mache, 40.000 Rubel entwendet zu haben, verhaftet wurden und von welchen in den öffentlichen Blättern so oft die Rede war, sind seinerzeit aus dem Wiesbadener Gefängnis nach Petersburg transportiert und, wie eingetroffene Nachrichten melden, zu 20 Jahren Deportation nach Sibirien verurtheilt worden.

(Ausbruch des Vesuv's.) Aus Neapel, 29. November, wird berichtet: Seit vorgestern wälzen sich aus dem Krater Lavamassen, die nicht mehr blos nach einer Richtung (Ottajano) ihren Lauf nehmen, sondern, in mehrere Ströme getheilt, den Regel des Berges längs des Golles bedecken. Über Torre del Greco und Resina sind zwei mächtige Lavaströme bemerkbar, die sich beiden Orten gefährdrohend zuwälzen. In Resina fanden die vergangenen Tage über heftige Erdstöße statt, die glücklicherweise keinen großen Schaden angerichtet haben. Es ist blos in einem Hause des Ortes eine Treppe eingefallen.

(Kaiserin Charlotte.) Aus Brüssel wird geschrieben: Die Kaiserin-Witwe von Mexico ist am 2. d. Nachmittags im Wagen mit der Königin von Laeken nach dem königlichen Palast durch die belebtesten Straßen gefahren und wurde achtungsvoll begrüßt. Sie sieht sehr gut aus. Man versichert uns aus guter Quelle, daß sie in ihren lichten Momenten nie von Mexico oder von ihrem Gemahl spricht. Nur bei ihren Anfällen, die seltener werden, erinnert sie sich, und dann spricht sie von Mexico.

(Ein Präsident für den abyssinischen Thron.) Unter den zahlreichen Buschriten, welche die englische Regierung anlässlich der abyssinischen Expedition empfangen hat, befindet sich auch eine aus Rom datirte, in welcher ein Herr Brigadier die Behauptung aussetzt, daß sein Urohrofater der rechtmäßige Erbe der abyssinischen Krone gewesen sei und als solcher eine Reise nach Rom und anderen europäischen Hauptstädten angetreten habe. Mütterlicherseits will der Präsident vom König Salomo abstammen. Die Abyssinier würden ihn freudig als Herrscher begrüßen. Lord Stanley ließ dem Präsidenten antworten, daß die englische Regierung sich in keiner Weise in die Angelegenheiten der abyssinischen Thronfolge zu mischen gedenke.

(Offiziöser Streit um eine tschechische Slavin.) Der Londoner „International“ erzählt nachstehende Geschichte: Dieser Tage entfloh in Alexandria eine tschechische Slavin aus dem Harem Latif-Pascha's und geriet in irriger Weise in das preußische, statt ins russische Consulat, wo sie eigentlich ein Asyl zu suchen gehabt hätte. Der preußische Viceconsul nahm sie jedoch ihrer an und schrieb dem Polizeidirector, daß das Mädchen im Sinne der bestehenden Capitulationen in dem Augenblick, in welchem ihr Fuß die Schwelle des Consulats überschritten, auch aufgehobt habe, Sklavia zu sein. Man möge ihr daher einen regelrechten Freibrief ausstellen. Es erfolgte eine abschlägige Antwort und nun nahm in Abwesenheit des in Cairo residirenden preußischen Generalconsuls der dortige Consulatsverweser die Sache energisch in die Hand und erwiderte das verlangte Actenstück, daß dem Mädchen jedoch erst im Polizeibureau eingehändigt werden sollte. Arglos ging der Consulatsverweser hierauf ein, erfuhr jedoch bald zu seinem Schrecken, daß man die Unglüdliche dort wegen angeblichen Diebstahls verhaftet habe. Seine in den bestigsten Ausdrücken abgesetzten Proteste wurden in keiner Weise berücksichtigt, und schon schien der Gegenstand ad acta gelegt werden zu sollen, als plötzlich der englische Consul intervenierte und die Freigabe des Mädchens in peremptorischer, fast drohender Weise verlangte. Der Umstand, daß Egypten jetzt von den Truppen des nach Abyssinien bestimmten englischen Expeditions-corps durchzogen wird, verleiht seinen Worten besonderes Gewicht und man ist auf den Ausgang der Sache sehr gespannt.

Locales.

(Localpolizeiliche Amtshandlungen) wurden im Monate November d. J. folgende vorgenommen: 5 Großkereirevisionen, 9 Schlachtkräfterevisionen, 9 Obstrevisionen, 3 Confiscationen von Waagen und Massen, 6 Anstände wegen Standaufstellung, 4 Passagierstörungen, 2 Con-

fiscationen verschiedener Lebensmittel, 5 Hausdurchsuchungen, 126 Verhaftungen, 69 Anzeigen an die Strafgerichte, 18 Abstrafungen wegen Nichtzuhaltung der Sperrstunde, 41 Abstrafungen wegen Bettelns, 40 zwangsläufige Entfernungen und 88 andere localpolizeiliche Abstrafungen.

(Laibach. Villacher Bahn.) Der Reichsraths-Abgeordnete Herr Dr. L. Toman ist beim Handelsministerium am 3. d. M. im Namen und Vertretung des Eisenbahn-Comité's in Laibach um die Errichtung der Concession zum Baue und Betriebe einer Eisenbahn von Laibach nach Villach, eventuell nach Unter-Tarvis, und um die Einbringung einer bezüglichen Vorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung eingeschritten.

(Bar Adelsberger Desfrauadation) haben die Tagesblätter verschiedene Mitteilungen gebracht, welche wir in der Lage sind, durch nachstehende, aus zuverlässiger Quelle geschöppte Daten zu berichtigten und zu ergänzen: Im Jahre 1856 ist das Staatsgut Adelsberg wie viele andere Staatsgüter als Pfandstück in die Verwaltung der k. k. priv. österr. Nationalbank übergegangen, in welcher es bis Ende Jänner dieses Jahres verblieb. Während dieses zehnjährigen Zeitraumes haben massenhafte Holzabstechungen stattgefunden, welche den Charakter von Devastirungen an sich trugen. Nachdem die Verwaltung des Staatsgutes Adelsberg wieder an die Finanzverwaltung übergegangen war, hat die k. k. Finanzdirection sogleich eine genaue Schreibung des Waldbestandes durch Sachverständige vornehmen lassen, und es zeigte sich ein Abgang an Walproducenten, welcher auf die Entdeckung einer bedeutenden Desfraudation führte, die dadurch vollzahrt wurde, daß die Verwaltungbeamten die für den Holzverkauf eingehobenen Gelder theilweise unterschlugen. Die k. k. Finanzdirection hat, nachdem die Spuren des verbrecherischen Vorganges durch den abgeordneten Untersuchungscommissär entdeckt waren, den Gegenstand sofort zur weiteren Verfügung an das k. k. Landesgericht hier abgetreten. Nach dem ersten Verhöre wurden die Beschuldigten sofort in Haft genommen und an das biesige Inquisitionshaus abgeschafft. Der Betrag der unterschlagenen Gelder kann noch nicht ziffermäßig bestimmt werden, ist aber jedenfalls sehr bedeutend.

(Feuersbrunst.) Am 29. November 1. J. Abends brach in der Werkstatt des Lederner und Haussbesitzers Johann Bolčič von Lac Feuer aus, welches die darin befindlichen Materialien, die Futter- und sonstigen Vorräthe und den Dachstuhl des Wirtschafts- und Wohngebäudes verbrachte. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. Der Beschädigte war für den Dachstuhl mit 400 fl. assecurirt.

(Eine Advocatenstelle) ist im Grazer Oberlandesgerichtsprængel zu besetzen, und zwar mit dem Amtssieze in Gilli. Bewerber, die der slovenischen Sprachmächtigkeit sein müssen, haben ihre Competenzgesuche binnen vier Wochen beim Präsidium des Oberlandesgerichtes einzureichen.

(Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte in Loibach. Am 11. December. Wilhelm Schiffer: schwere körperliche Beschädigung; Mothias Schissel: Diebstahl. — Am 12. December. Anton Brajer: schwere körperliche Beschädigung; Maria Praprotak: Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens; Andreas Tomšič: öffentliche Gewaltthätigkeit; Georg Soete: schwere körperliche Beschädigung; Johann Sust: Diebstahl. — Am 13. December. Johann Klančar: Diebstahl; Johann Magi: schwere körperliche Beschädigung; Valentin Porenta: schwere körperliche Beschädigung; Jakob Strutel: schwere körperliche Beschädigung.

Öffentlicher Dank.

Durch das hohe k. k. Landespräsidium sind der Direction der städtischen Knabenhauptschule hier 35 fl. als Ergebnis einer freiwilligen, vom Herrn Gemeinderath Joh. Nep. Horak veranstalteten Sammlung zur Anschaffung von Lehrmitteln für die Lehrjungen, die an benannter Anstalt die Sonntagschule besuchen, zugemittelt worden.

Dafür spricht gefertigte Direction den gebührenden Dank aus: erstens dem edlen Bemühen des Herrn Horak, sodann auch allen Spendern milder Gaben zu diesem Zwecke.

Am heil. Nicolausfeste beschenkte der p. l. Herr Val. Česko unsere Schule mit einem bedeutenden Quantum Schreibpapiers.

Möge Gott auf das Gebet der Kleinen dem Wohltäter es hunderthalb vergelten.

Städtische Knabenhauptschule zu St. Jakob in Loibach, am 7. December 1867.

Johann Rosmann,
prov. Director.

Neueste Post.

Wien, 7. Decbr. Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die in jüngster Zeit mehrfach verbreiteten Gerüchte, betreffend die Auflösung der k. k. Militärgrenze, sind wir in der Lage als vollkommen unbegründet zu erklären.

Bpest, 7. December. (Sitzung der Deputirten-tafel.) Das Duotengesetz wird in letzter Abstimmung definitiv angenommen. Vonhay's Antrag auf Entsendung einer ständigen Finanzcommission wird angenommen und deren Wahl auf Montag außer-

raumt. Hierauf beginnen die Berathungen über das Staatschuldengesetz. Nachdem der Finanzminister die Annahme des Staatschuldengesetzentwurfes empfohlen, beantragte Tisza die Vertagung der Verhandlung, bis das Budget vorliegen wird, damit nach Deckung der Landesbedürfnisse der Überschuß als Beitrag zur Staatschuld verwendet werde. Baron Gabriel Klement bespricht die Frage eingehend und widerlegt Tisza. Barady spricht für letzteren und unterstützt ihn mit einer Darlegung des geringen Betrages, der für den öffentlichen Unterricht des Landes verwendet wird. Minister Götvös, der nicht vorgemerkt war, improvisirt hierauf eine seiner glänzendsten Reden. Es sei wahr, daß Ungarn eine große Last auf sich nimmt, aber man dürfe die Frage nicht für sich allein, sondern im Zusammenhange mit der Situation betrachten. Diese erfordere die Verbindung Ungarns mit der Monarchie, und Ungarns Wohlfahrt würde nicht gefördert, wenn der Reichstag etwas beschließen würde, was in den übrigen Ländern der Monarchie finanzielle Verlegenheiten hervorrufen würde. In begeisterten Worten setzt er dann auseinander, daß die Freiheit die Kräfte des Landes verdoppeln und die übernommene Last erträglich machen werde. (Enthusiastischer Beifall.) Hierauf wurde die Berathung geschlossen.

Berlin, 7. December. (Zollvereinstarif.) Die „National Zeitung“ schreibt: Das Bundeskanzleramt bereitet gegenwärtig eine Vorlage für Vereinfachung und nicht unerhebliche Veränderung des Zollvereinstarifs vor.

Florenz, 7. December. (Ammersierung.) Desanctis, Ferraris, Nicotera und Corte verlangen nach den von der französischen Regierung abgegebenen Erklärungen unverweilt zu interpelliren, welche Haltung die Regierung annehmen werde, um die Rechte und die Würde der Nation zu wahren. Menabrea sagt, er kenne die Worte Nouher's, dessen Ausdrücke die Regierung sehr beschäftigt haben, nur durch den Telegraphen, und erklärt, er könne aber für den Moment nicht kategorisch antworten, ohne vorher positive Informationen von dem Gesandten in Paris zu haben. Er werde Montag anlässlich anderer Interpellationen antworten.

Florenz, 7. December. Im Senate lenkt Marquis Torrearsa die Aufmerksamkeit des Senats auf die vorgestern gehaltene Rede Menabrea's. Er spricht von der römischen Frage, und behauptet, daß Italien Rechte auf Rom habe. Er glaubt nicht an die Konferenz und sagt, Italien dürfe den europäischen Frieden nicht fören, es dürfe aber auch nicht auf seine Rechte verzichten. Menabrea antwortet, er habe bereits die Absichten des Ministeriums bekannt gegeben, und fügt hinzu, die römische Frage bietet große Schwierigkeiten dar. Ihre Lösung sei nicht nur für die Interessen Italiens, sondern auch für jene des Papstthums nothwendig. Er schließt: Mit Mäßigung und Bescheidenheit werden wir eines Tages unser Ziel erreichen. Marquis Torrearsa beantragt hierauf folgende Tagesordnung: Der Senat, indem er von den Erklärungen des Conseil-präsidenten Act nimmt, und dessen sicher, daß das Ministerium die Würde und Rechte der Nation aufrechterhalten werde, geht zur Tagesordnung über. Leopardi sagt, es existiere bereits eine Tagesordnung vom März 1861 bezüglich Roms; er beantragt, daß dieselbe nunmehr bestätigt werde. Menabrea nimmt die von Torrearsa beantragte Tagesordnung an, nachdem dieselbe den Ideen des Ministeriums conform sei. Conforti bekämpft den Antrag Leopardi's, weil die Tagesordnung von 1861 davon sprach, in Übereinstimmung mit Frankreich nach Rom zu gehen. Er sagt, Italien müsse sich stark machen und dann werde die römische Frage gelöst werden. Er unterstützt die von Torrearsa beantragte Tagesordnung, welche vom Senate mit Einstimmigkeit angenommen wird.

Paris, 7. December. Der „Etandard“ schreibt: Es geht das Gericht, daß in Folge der unverhofft in Florenz veröffentlichten Amnestie Garibaldi bereits Caprera verlassen habe. Der „Etandard“ fügt hinzu: Unser Correspondent in Rom glaubt fortwährend an einen unmittelbar bevorstehenden neuen Angriff auf den heiligen Stuhl. Die „France“ sagt, es sei heute in parlamentarischen Kreisen das Gericht verbreitet, daß aus Anlaß der Erklärungen Nouher's, betreffend die römische Angelegenheit, Misschlichkeiten im Ministerium ausgebrochen seien.

Geschäfts-Zeitung.

Laibach, 7. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 3 Wagen mit Getreide und 12 Wagen und 2 Schiffe (8 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

| | Mitt. fl. fr. | Mitt. fl. fr. | | Mitt. fl. fr. | Mitt. fl. fr. |
|-------------------|------------------|------------------|------------------------|------------------|------------------|
| Weizen pr. Mehren | 6 66 | 7 20 | Butter pr. Pfund | — 45 | — |
| Korn | 3 96 | 4 30 | Eier pr. Stück | — 21 | — |
| Gerste | 3 — | 3 44 | Milch pr. Maß | — 10 | — |
| Hafer | 1 90 | 2 — | Rindfleisch pr. Pf. | — 21 | — |
| Halsfrucht | — — | 4 90 | Kalbfleisch | — 22 | — |
| Heiden | 3 30 | 3 55 | Schweinefleisch " | — 20 | — |
| Hirse | 3 30 | 3 25 | Schöpfnfleisch " | — 12 | — |
| Kulturz | — — | 4 — | Hähnchen pr. Stück | — 30 | — |
| Erbäpel | 1 60 | — — | Tauben | — 13 | — |
| Linsen | 4 50 | — — | Heu pr. Benther | — 89 | — |
| Erbsen | 4 — | — — | Stroh | — 60 | — |
| Kisolen | 5 50 | — — | Holz, hart., pr. Kist. | — 7 50 | — |
| Kindschnitz Pf. | — 50 | — — | weiches, " | — 5 50 | — |
| Schweinefleisch " | — 42 | — — | Wein, rother, pr. | — — | — |
| Speck, frisch, | — 30 | — — | Giner | — 12 | — |
| — geräuchert | — 46 | — — | weißer " | — 13 | — |

